



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

φ.: Die letzten zwei Jahre der auswärtigen Politik Preußens. 2.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

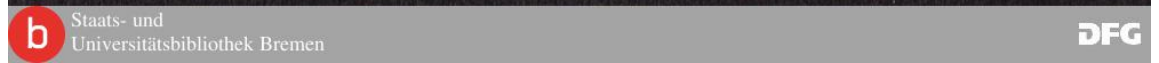
## Die letzten zwei Jahre der auswärtigen Politik Preußens.

### 2.

Das Ergebnis der ersten Periode von Preußens auswärtiger Politik unter der Leitung des Freiherrn v. Schleinitz war, wie vorgeesehen, ein wenig günstiges gewesen, indessen bot die Lage, in welcher der Friede von Villafranca Deutschland und Preußen ließ, doch immer Handhaben, um neue und bessere Verhältnisse herbeizuführen. Die schamlosen Verdächtigungen der ultramontanen Presse, die Entstellungen der Wahrheit, welche sich die Augsburger Allgemeine Zeitung erlaubt hatte, waren siegreich widerlegt; wer die Augen nicht geblinzelnd schließen wollte, mußte wenigstens an die Ehrlichkeit und die guten Absichten der preussischen Staatsmänner glauben. Dadurch, wie durch die unläugbare Thatsache, daß Preußen der größte rein deutsche Staat bleibt, an welchen sich jeder Fortschritt in der nationalen Einigung anschließen muß, erklärt es sich, daß sich nach Berlin der Blick der unabhängigen Patrioten lenkt, bei denen der italienische Krieg das Gefühl lebhaft wieder geweckt hat, daß Deutschland nicht eine seiner Macht entsprechende Stellung einnehme, und der Grund hierfür wesentlich in der Bundesverfassung zu suchen sei, welche eine einheitliche Action unmöglich mache. Dies Gefühl trat noch entschiedener nach dem Frieden hervor, durch den man die innern Gegensätze geschärft, die Stellung nach außen doppelt bedroht sah. Den Anstoß gaben einige Mitglieder der demokratischen Partei bei einer ersten Besprechung in Eisenach. Denselben schlossen sich bald darauf mehrere hervorragende Mitglieder der hannoverschen Opposition an, sowie eine Reihe anderer Constitutioneller. In einer zweiten Eisenacher Versammlung ward ein ausgebildeteres Programm in sieben Punkten entworfen, das vornehmlich drei Forderungen aufstellte:

1. Ersetzung des Bundestags durch eine starke Centralgewalt.
2. Einberufung einer Nationalversammlung.
3. Uebertragung der Initiative für diese Zwecke an Preußen, das auch im Falle der Gefahr inzwischen die diplomatische und militärische Leitung zu übernehmen habe.

Es lag auf der Hand, daß diese Forderungen den meisten deutschen Regierungen wenig gefallen konnten; denn eine wirkliche Stärkung der Central-



gewalt kann natürlich nur auf Kosten der Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten erreicht werden. Am meisten sah sich Oestreich bedroht und Graf Rechberg säumte denn auch nicht, dem Herzog von Coburg, der sich anerkennend über die Bewegung geäußert hatte, eine scharfe Vorlesung über die Verletzung seiner Bundespflichten zu halten. Es ist zuzugeben, daß es einen ungewöhnlichen Grad von Kühnheit von Preußen erfordert hätte, wenn es sich auf den Standpunkt des Herzogs von Coburg hätte stellen wollen, man hätte mehr oder weniger die Rolle Sardiniens in Deutschland übernommen, und die Mehrzahl der andern Bundesstaaten sich gegenüber coalirt. Auch lag in der ganzen Bewegung zu viel Unklares, als daß sich die Eisenacher Sätze einfach als Regierungsprogramm hätten annehmen lassen. Nichtsdestoweniger wollte man doch die guten Absichten des Nationalvereins für Preußen nicht schroff abweisen, und so ward die bekannte Antwort des Grafen Schwerin auf die Stettiner Adresse gegeben. Sie sollte offenbar die richtige Mitte halten, befriedigte aber nach keiner Seite. Den Patrioten war sie zu lau und beruhigte die deutschen Cabinete doch nicht, weil sie die Berechtigung der Agitation anerkannte und die Verwirklichung ihres Programms nur als eine Zeitfrage hinstellte. Dasselbe Schicksal hatte die Antwortdespeche auf die österreichische Zurechtweisung des Herzogs von Coburg. Wenn die Erinnerung an Olmütz der Feder des preussischen Ministers eine schärfere Wendung gab, so war doch der Satz, in dem derselbe es als einen von seinem Willen unabhängigen Umstand hervorhebt, daß der Name Preußens an die Spitze der Bewegung gestellt werde, wenig geeignet, die Hoffnungen der liberalen Partei zu ermutigen. Zeigte sich nun die Regierung furchtsam bei einer Frage von solcher Tragweite, so durfte man doch erwarten, daß sie in einer Angelegenheit, in welcher Preußen sich durch die Reaction vornehmlich hatte demüthigen lassen, das Recht der nationalen Forderungen anerkennen werde. Es war die entscheidende Niederlage der Unionspolitik gewesen, daß Herr von Manteuffel in den Bruch des Rechtes in Kurhessen gewilligt und denselben hatte vollziehen helfen. Es war unstreitig die Aufgabe der Männer, welche stets gegen diese Politik protestirt hatten, dem hessischen Volke wieder zu seinem Rechte zu verhelfen und dem Zustand unerträglicher Bedrückung ein Ende zu machen. Das Ministerium verschloß sich dieser Wahrnehmung auch nicht, es trat offen für die Verfassung von 1831 auf, sowol in Frankfurt wie in Cassel, und die öffentliche Meinung ganz Deutschlands stellte sich auf seine Seite.

Das preussische Votum am Bundestag war der Ausdruck eines wahrhaft liberalen und staatsmännischen Verfahrens. Weniger glücklich scheint uns seine Motivirung. Der Bundesbeschluß von 1852 war ein vollkommen revolutionärer Act, durch den die Frankfurter Versammlung unzweifelhaft ihre Competenz überschritt, indem sie eine zu Recht bestehende Verfassung eigenwillig

umstieß. Die preußische Regierung dachte nun den andern Bundesregierungen eine goldne Brücke zu bauen, indem sie den Bundesbeschluß von 1852 so auslegte, daß er die Verfassung von 1831 nicht endgiltig aufgehoben, sondern nur suspendirt habe. Sie irrte sich darin, denn nach langen unfruchtbaren Verhandlungen blieb sie bei der Abstimmung mit ihrer Ansicht einer compacten Majorität gegenüber fast allein stehen und konnte andrerseits dem Vorwurf nicht entgehn, daß diese Auslegung künstlich sei, ja der Minister der auswärtigen Angelegenheiten mußte denselben indirect in seinen Erklärungen im Abgeordnetenhause zugeben. So sehen wir auch in dieser Frage, daß bei einem unzweifelhaft richtigen Ziele des Ministeriums der Wunsch, es möglichst mit niemand zu verderben, ihm eine schiefe Stellung gab.

Aber weit verschiedner zeigte sich diese Schwäche im Fortgange der italienischen Frage. Dieselbe trat offenbar in ein neues Stadium, seit Frankreich nicht nur sich ostensibel zurückgezogen, sondern sich auch im Frieden von Villafranca verpflichtet hatte, die geflohenen Fürsten zurückkehren zu lassen. Was immer der Kaiser Napoleon für Hintergedanken hegen mochte, vorläufig hatte er sich durch die Sendungen des Grafen Reiset und des Fürsten Poniatowsky auf die Seite der vertriebenen Herzöge gestellt. Mit dieser Wendung hatte sich auch die Stellung Preußens zu der italienischen Frage verändert. Wir haben gesehen, daß die kriegerische Partei in Preußen im Frühjahr 1859 ein actives Vorgehen nicht aus Haß gegen Sardinien oder aus Vorliebe für Oestreich, sondern allein von dem Gesichtspunkte forderte, daß man Frankreichs militärisches Uebergewicht nicht aufkommen lassen dürfe. Sobald also dasselbe zurücktrat, stand die Sache anders. Der nationalen Politik Sardiniens an sich konnte Preußen nur günstig sein; es mußte froh sein, dasselbe von Frankreich getrennt zu sehen und diesen Augenblick benutzen, ihm gemeinsam mit England eine Stütze zu bieten, die es der französischen Allianz entriß. Daß Lord John Russell hierauf eingegangen wäre, ist mit Sicherheit anzunehmen, da auch seine Vorliebe für Italien nur eine Emancipation desselben von Napoleon wünschen lassen mußte, und daß Sardinien bereitwillig die dargebotene Hand angenommen, wird ein Blick auf seine Beziehungen zu Frankreich beweisen. Graf Cavour war mit dem Kaiser in Plombières dahin übereingekommen, daß der König Victor Emanuel an Frankreich Savoyen und Nizza abtreten werde, wenn es gelingen sollte, Oestreich die lombardisch-venetianischen Provinzen zu entreißen. Als Napoleon in Villafranca Halt machte, überließ er Sardinien die Lombardei ohne seinerseits eine Forderung geltend zu machen, weil sein Program „Italien frei bis zur Adria“ nicht erfüllt war. England und Preußen hatten nun das Interesse, Sardinien gemeinsam zu stützen, denn jede Isolirung mußte es wieder in die Arme Frankreichs treiben. Konnte es sich an die beiden Mächte lehnen, welche die Natur der Verhältnisse als seine

Allirten bezeichnete, so war ihm eine selbständige Stellung möglich, die es in den Stand setzte, Forderungen Frankreichs zu verweigern. Aber eine solche Politik erheischte freilich, daß man sich über legitimistische Sympathien und Vorurtheile hinwegsetzte und nur nach dem Interesse des Staates handelte. Dazu aber war man in Berlin nicht geneigt. Das liberale Ministerium, das sich in Deutschland isolirt, Oestreich wie England entfremdet fühlte, suchte vielmehr einen Stützpunkt in Rußland, das vornehmlich dahin gewirkt, Preußen von einer entschiednen Action im vorigen Sommer zurückzuhalten. Fürst Gortschakoff, dem es sehr willkommen war Preußen auf diese Weise von England entfernt zu halten, kam bereitwillig entgegen. Der Besuch des Kaisers Alexander in Breslau ward verabredet, um den Mittelstaaten, bei denen die Ansichten des Petersburger Cabinetes doch immer ein gewisses Gewicht behielten, zu zeigen, daß dasselbe mit dem Berliner einverstanden sei. Von wie geringem praktischen Werthe diese Demonstration war, sollte sich bald genug zeigen. Während die unfruchtbaren Verhandlungen über den Züricher Frieden sich von Woche zu Woche hinzogen, waren die Dinge in Italien ihren Weg gegangen. Die vertriebenen Fürsten waren nicht zurückgekehrt, vielmehr die Annexion ihrer Länder an Sardinien unter Begünstigung von England thatsächlich vollzogen. Napoleon sah mit seinem richtigen Tacte, daß dergleichen Dinge nicht ungeschehen zu machen seien, und während noch über den Congreß hin- und hergeschrieben ward, bereitete er bereits eine neue Wendung vor. Um Weihnacht erschien die zweite kaiserliche Flugschrift in der italienischen Frage „der Papst und der Congreß“. Graf Walewski trat zurück, in Turin ergriff Graf Cavour wieder das Ruder, der englisch-französische Handelsvertrag kam zu Stande, Nizza und Savoyen wurden abgetreten. Wir wollen die Geschichte der bewegten ersten Monate dieses Jahres hier nicht erzählen, sie ist frisch in aller Erinnerung, wir wollen nur fragen: wie stellte sich die Politik Preußens zu diesen folgenschweren Ereignissen? und müssen sagen: sie verharrte in ihrer Unthätigkeit und Unfruchtbarkeit. Es wurden zwar Vorsätze gefaßt und Ansätze genommen, aber gethan wurde nicht das Mindeste. Die Motivirung des Anspruchs auf Savoyen und Nizza in Napoleons Thronrede, namentlich die verschleierte Forderung der natürlichen Grenzen mußte der Regierung, welche der Wächter des Rheins sein soll, die ernstesten Besorgnisse einflößen. Es gab einer solchen drohenden Thatsache gegenüber nur zwei Wege des Verhaltens: entweder ihre Ausführung mußte thatkräftig verhindert werden oder man mußte, wenn man dies für unmöglich hielt, sie paralyisiren, indem man sich durch ein Gegenzugständniß schadlos zu halten suchte. Beide Wege waren möglich. Vielleicht wird man geneigt sein, dies von dem ersten zu verneinen; und allerdings war der größte Fehler schon begangen, indem man Sardinien's Isolirung zuließ, durch die Cavour außer Stand gesetzt war, die kategorischen Forderungen Frank-

reichs zu verweigern. Aber wenn man sich der großen Bewegung erinnert, welche die Annexion Savoyens und namentlich die hinterlistige Art, mit der sie zuerst verneint und dann brüskirt ward, in England und der Schweiz hervorgerufen, so wird man anerkennen, daß es den vereinten Bemühungen Englands und Preußens leicht hätte gelingen müssen, den Bundesrath zur Befezung der neutralisirten Gebietstheile Savoyens zu bewegen. Und dieser Schachzug wäre das einzige wirksame Gegenmittel gegen die napoleonische Diplomatie gewesen. So stark war, als die erste Nachricht von der beabsichtigten Annexion kund wurde, die antibonapartistische Strömung bei Völkern und Cabineten, daß Napoleon kaum gewagt haben würde, die Schweizer aus Chablais und Faucigny hinauszumerfen. Allerdings konnten sich England und Preußen, wenn sie Napoleon sein Spiel so verleiteten, darauf gefaßt machen, daß er ihnen dies nicht vergessen würde. Hatte man aber in Berlin nicht den Muth, seinem Groll zu trotzen, so war das einzig Richtige, seinem Vorhaben offen zuzustimmen, sich dafür aber im eignen Interesse von Frankreich ein Zugeständniß auszubedingen, das Preußen stärkte. Und zu solchem war sein Gebieter bereit; er bot unter der Hand freie Hand in Schleswig-Holstein für die Anerkennung der Annexion. Aber man sah darin in Berlin nur eine Falle und suchte wieder nach einem Mittelweg. Nach langem Zögern machte man einen Versuch zum Proteste, der vollkommen mißlang. Man hatte dabei Gelegenheit, den Werth des Breslauer Verbündeten zu erproben, indem Fürst Gortschakoff erklärte, er wisse nichts gegen die freiwillige Abtretung einer Provinz von Sardinien an Frankreich zu erinnern. Man tröstete sich damit, indem man den franzosenfreundlichen Minister von dem Kaiser unterschied und brachte nach langem Hin- und Herrathen eine Depesche zu Stande, in der Preußens Mißbilligung der Annexion ausgesprochen ward, die also wohl den Kaiser Napoleon unangenehm berühren mußte, aber in der Sache nichts änderte. Nicht erfolgreicher war die Regierung in Deutschland. Ueber die Reform der Bundeskriegsverfassung begann jener unfruchtbare Meinungsaustrausch und Notenwechsel mit Oestreich und den Würzburgern, welchen wir noch bis auf die heutige Stunde fortauern sehen. In der kurheffischen Frage hatte Herr von Schleiniß sich schon der Idee eines vermittelnden Weges und einer Verständigung mit Oestreich zugeneigt; nur der Widerspruch der andern Minister bewog ihn, dem Majoritätsgutachten des Bundestagsausschusses durch eine bestimmte Erklärung entgegenzutreten. Als dann der Binkesche Antrag im Abgeordnetenhause zur Verhandlung kam, ermannte er sich zu einer ziemlich energischen Rede für den preußischen Standpunkt, in der er aber, wie oben erwähnt, den Vorwurf der Künstlichkeit der preußischen Interpretation des Bundesbeschlusses mittelbar zugab und dieselbe nur damit vertheidigte, daß sie die einzig mögliche sei, um das Recht mit der

Bundescontinuität in Einklang zu setzen. Außerdem sagte der Minister wol, daß die Staatsregierung den von ihr eingenommenen Standpunkt mit Festigkeit zu behaupten wissen werde, gab aber keinerlei Andeutung, wie man denselben anders als durch Erklärungen und Noten vertreten werde. Außerdem aber be-  
medigten in dem Hause seine Ansichten über das Verhältniß Preußens zum Bunde keineswegs.

Die Majorität wollte offenbar im Sinne der Herren von Vincke und Carlowig, daß Preußen sich zu einer Wiederaufnahme der Unionspolitik er-  
manne. Herr von Schleinitz dagegen erklärte zwar unummunden seinen Bruch mit der Reactionspolitik, wies aber hinsichtlich des Bundes darauf hin, daß die seiner Competenz gezogenen Schranken inne zu halten seien und sagte sich ausdrücklich los von den Vinckeschen Tendenzen. In der kurhessischen Ange-  
legenheit hatte die Regierung wenigstens einen bestimmten Weg eingeschlagen; sie war am Bunde gegen den Rechtsbruch offen aufgetreten. In der schleswig-  
holsteinschen Frage hatte sie bei den günstigsten Umständen nichts gethan, und es mußte den peinlichsten Eindruck machen, als in der Debatte über die be-  
kannte Petition der Minister, welcher beim Ausbruch des italienischen Krie-  
ges so sehr Preußens Stellung als Großmacht betont hatte, sich bloß auf die Anerkennung der trefflichen Haltung der Herzogthümer beschränkte und die  
Versicherung gab, daß Preußen ein Herz für dieselben habe. Offenbar konnte  
es aber den gedrückten Schleswigern nicht darum zu thun sein, einige warme  
Worte und fromme Wünsche von officieller Stelle zu vernehmen, für die noch  
überdies die kopenhagner Regierung sie büßen ließ, sondern darauf allein  
konnte es ihnen ankommen, was Preußen für sie thun wollte. Glaubte  
Herr von Schleinitz nichts thun zu können, so durfte er auch nicht sprechen,  
sondern mußte die ganze Debatte abschneiden, die nur als Einleitung zu ei-  
nem bestimmten Vorgehen gegen Dänemark einen Sinn hatte. Damit soll  
natürlich nichts gegen die patriotischen Unterzeichner der Petition gesagt sein;  
diese thaten ihre Pflicht, indem sie ihre Stimmen für die bedrückten Länder  
erhoben; aber niemand wird läugnen, daß es wenig geeignet ist, das Ansehen  
einer Regierung und Kammer zu heben, wenn zwei Tage über eine Frage  
gesprochen wird, wobei nicht nur Ministerium und Majorität einig sind,  
sondern es sogar an Gegnern fehlt und wenn dann schließlich nichts geschieht,  
sondern es erst einer Provocation des so scharf getadelten Gegners bedarf,  
um nur eine Verwahrung des Rechts zu veranlassen.

So ging auch die zweite Periode der auswärtigen Politik des Ministe-  
riums resultatlos zu Ende. Jedermann mußte es klar sein, daß der Einfluß  
Preußens auf diesem Wege in Deutschland und Europa nicht steigen konnte.  
Aber auch auf die innern Verhältnisse wirkte diese Unthätigkeit nachtheilig,  
vor allem in der Frage über die Armeereform. Wir wollen hier auf dieselbe

nicht eingehn, aber gewiß ist, daß der Widerstand in Volk und Kammern wesentlich in dieser Unthätigkeit der äußern Politik wurzelte. Wenn Preußen, so folgerte man, sich nur gegen einen Angriff vertheidigen soll, so genügt dazu die Landwehr; soll aber, da unsre Regierung doch keine active, offensive Politik macht, zu der sie eines großen schlagfertigen Heeres bedürfte, das Land mit einem unerschwinglichen Militärbudget belastet werden, damit so viel tausend Soldaten mehr auf der Parade vorüberziehn? Und andererseits werden auch entschiedene Gegner der Armeereform zugeben, daß ein kräftiges Vorgehen gegen Frankreich oder Dänemark alle Opposition zum Schweigen gebracht haben würde. Da die Regierung aber nichts that und doch große Opfer nur für unbestimmte Eventualitäten, drohende politische Situation etc. forderte, so wurde sie in eine schiefe Stellung gebracht, welche sich in der Folge noch schwer geltend machen wird.

Es war nicht zu verwundern, wenn das ziellose Schwanken der auswärtigen Politik Preußens im Innern ein lebhaftes Unbehagen erregte und auswärtigen Cabineten den Gedanken gab, dasselbe für ihre Combinationen auszubeuten. Zwar im Abgeordnetenhause, wie in der Presse überwog im Anfang dieses Jahres noch die Sympathie für das Ministerium, die Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen, die Furcht, der Kreuzzeitung in die Hände zu arbeiten, und nur einzeln machte sich, wie in den Aeußerungen des Herrn von Vincke, der Unmuth Luft. Festere Gestalt dagegen gewann die Ansicht, daß es so nicht fortgehen dürfe, bei einigen preussischen Diplomaten. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß Preußen es unter den bewandten Umständen doch nicht zu einer großen und selbständigen nationalen Politik bringen werde, meinten sie, es sei besser sich vorläufig mit Frankreich zu verständigen und einen Machtzuwachs für Preußen zu erstreben, der mehr realer Natur sei als die moralischen Eroberungen; demgemäß seien die russischen Vorschläge, wonach das Petersburger Cabinet freie Hand in Constantinopel, Preußen Deutschland bis zur Mainlinie und Frankreich das linke Rheinufer erhalten sollten, nicht zu verwerfen. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß eine russische Großfürstin diesen Plan in Berlin empfahl und daß der preussische Gesandte in Petersburg, Herr von Bismark, sich zu dessen eifrigstem Fürsprecher machte. Nicht bloß an officieller Stelle setzte er die handgreiflichen Vortheile eines solchen Arrangements auseinander, sondern auch Mitglieder der liberalen Partei suchte er dafür zu gewinnen, indem er darauf hinwies, daß, wenn Preußen sich erst durch solche Gebiets Erweiterungen consolidirt, es ihm leicht sein werde, bei einer Coalition gegen Frankreich das Verlorne wiederzuerlangen. Seine Bemühungen wurden von dem russischen Gesandten, Herrn von Budberg eifrig secundirt, der hoffen durfte, in ihm Herrn von Schleiniß einen Nachfolger zu geben, mit dem er sich vollkommen ein-

verstanden wußte. Diese Pläne scheiterten, zumeist an der entschiedenen Zurückweisung des Prinzregenten; indeß der Kaiser Napoleon, der sich bisher ganz ruhig verhalten und Rußland die Sondirung überlassen hatte, konnte sich doch nicht davon überzeugen, daß Preußen einen so vortheilhaften Vorschlag einfach zurückweisen sollte, und glaubte denselben bei einer persönlichen Zusammenkunft dem Prinzregenten annehmbar machen zu können. Im Anfang Mai kam eine Meldung aus Paris, der Kaiser sehe mit Bedauern, daß unbegründete Gerüchte über französischen Ehrgeiz Deutschland beunruhigten, er wünsche dem ein Ende zu machen und sich offen mit dem Prinzregenten darüber auszusprechen, dem er deshalb eine Zusammenkunft vorschlage. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß dem Regenten diese Aufforderung wenig gelegen kam, und in der That war auch nicht der geringste Grund da, eine solche Zusammenkunft für ihn wünschenswerth zu machen. Wir sind keineswegs blinde Franzosenfeinde und geben gerne zu, daß in der jüngsten Zeit mehrfach sich Gelegenheiten boten, wo Preußen und Frankreich sehr wohl zusammengehen durften, weil sie sich gegenseitig wichtige Dienste leisten konnten; solche Fälle lagen während des orientalischen und italienischen Krieges vor, ja noch im Anfang dieses Jahres bot die Savoyische Frage ein derartiges Mittel sich zu begegnen. Im Frühjahr aber gab es keine solche Gelegenheit mehr. Frankreich brauchte uns nicht, konnte folglich auch nicht geneigt sein, uns etwas zu bieten, wofern wir nicht etwas von dem Unsrigen für Neuzuerwerbendes hingeben wollten; da man aber jedes Tauschprojekt abwies, so war auch die Zusammenkunft überflüssig, denn was sollte darin verhandelt werden? Der Prinzregent mußte doch wohl ohnedies wissen, wie er mit dem Kaiser daran war; oder glaubte man vielleicht, daß den Mann des Staatsreiches eine Versicherung mehr binden werde? Aber die Leiter unserer auswärtigen Politik fürchteten vor allem den Kaiser Napoleon durch eine Zurückweisung zu verletzen und hoben hervor, daß der Regent diese Gelegenheit trefflich benutzen könne, um Deutschlands Interesse zu vertreten. So ging denn eine Antwort nach Paris, der Regent sei erfreut über das Erbieten des Kaisers, durch persönliche Erklärungen das Mißtrauen gegen Frankreich zu zerstreuen, er fasse die vorgeschlagene Zusammenkunft in dem Sinne auf, daß sowohl die Furcht eines Angriffs von Frankreich als eines Sonderbündnisses deutscher Fürsten mit Frankreich beseitigt werden solle.

Wir wollen hier nicht die Geschichte der Tage von Baden erzählen, sie ist bekannt und namentlich in diesen Blättern (Nr. 27 und 28) vollständig resumirt; nur einige Folgerungen mögen hier Platz finden, die wir nicht abzuweisen vermögen. Die Mannhaftigkeit und Würde, welche der Prinzregent in seinem ganzen Auftreten zeigte, ist um so mehr zu betonen, als er hier

recht eigentlich persönlich für seine Politik eintrat und ihr Ausdruck verlieh. Er zeigte den Fürsten, die er um sich versammelt hatte, daß er offenes Spiel wollte. Er, der nur den verlockenden Anerbietungen von Ost und West sein Ohr zu leihen brauchte, um den vertriebenen italienischen Souveränen die Gesellschaft zahlreicher deutscher Vettern zu verschaffen, trat für die Integrität des deutschen Gebiets auf, er trat aber auch persönlich für die liberale Richtung seines Ministeriums ein und erklärte, daß er an dem bisher eingeschlagenen Wege festhalten werde. Daß ein solches Verhalten in Deutschland die lebhafteste Befriedigung erregte und sogar die Anerkennung der mißgünstigen englischen Presse errang, ist begreiflich, aber vielleicht hat man doch in der Freude über das persönliche Verdienst des Prinzen die politischen Folgen der Zusammenkunft sich nicht ganz klar vergegenwärtigt. Die Badener Zusammenkunft war angenommen, weil man Napoleon nicht durch eine Ablehnung verlegen wollte. Man übersah dabei, daß mit der preußischen Erklärung, es dürfe von keiner Abtretung auch nur eines deutschen Dorfes die Rede sein, für den Kaiser der beabsichtigte Besuch jedes Zweckes entbehrte; wollte er Deutschland beruhigen, so konnte dies in viel wirksamerer Weise durch den Moniteur oder eine Rede geschehen. Da er einmal die Zusammenkunft nachgesucht, konnte er sie freilich auch nicht vermeiden, als sie inhaltlos geworden. Ein solcher Besuch zählte nun schon an sich nicht zu den Annehmlichkeiten, noch weniger aber konnte es ihn angenehm berühren, die Erklärung seiner Friedensliebe indirect erwidert zu sehen durch das gegenseitige Bersprechen der deutschen Fürsten, für die Integrität des Bundesgebiets einzustehen zu wollen. Der einzige Wunsch, den er aussprach, es möge der Tendenz der deutschen Presse, Mißtrauen gegen Frankreich zu verbreiten, gesteuert werden, wurde abgelehnt. Nimmt man dazu noch das Verhalten des Publicums in Baden, das den Prinzregenten<sup>2</sup> begeistert, den Kaiser dagegen mißtrauisch aufnahm, so glauben wir nicht, daß der letztere Ursache hatte, mit dem Resultat seines Ausfluges sehr zufrieden zu sein, und wenn die vorsichtigen Männer in Berlin fürchteten, ihn durch eine Ablehnung der Zusammenkunft zu kränken, so hat sicher der Besuch einen schärfern Stachel in ihm zurückgelassen, als eine einfache Zurückweisung der vertraulichen Aufforderung es je hätte thun können. Aber in einem noch wichtigern Punkte haben die Badener Tage ihren Zweck verfehlt. Die Einigkeit der deutschen Bundesfürsten sollte dort einen Ausdruck finden, sie that dies auch gegen Napoleon; aber kaum war derselbe abgereist, als die bedenklichsten Meinungsverschiedenheiten sich zeigten. Mehrere Fürsten, statt dem Prinzregenten ihre Anerkennung für seine uneigennützig und mannhafte Haltung praktisch zu beweisen, forderten, daß er seine Politik ändere, die Triasidree in der Armeeform annehme, den Nationalverein unterdrücke u. s. w.; es bedurfte der klugen und festen Haltung des Regenten und

der wirksamen Unterstützung der Fürsten von Baden, Weimar und Coburg um diese Versuche im Keime abzuschneiden. Die Vorgänge sind indeß nicht geheim geblieben, und ob Napoleon darin eine thatsächliche Bestätigung der Einigkeit der deutschen Souveräne gefunden hat, müssen wir bezweifeln. Wir wenigstens haben durch nichts die Aeußerung der Preussischen Zeitung gerechtfertigt gefunden, daß die Hoffnung auf die Annäherung derjenigen deutschen Regierungen, welche bisher andern Auffassungen folgten als Preußen, nie begründeter gewesen, als nach den Tagen von Baden, wir haben vielmehr den Beweis des Gegentheils gefunden in der Fortsetzung der Triasbestrebungen für die Bundesarmereform.

Anders schien es allerdings mit Oestreich zu stehen. Der Regent hatte in Baden den Fürsten gesagt, er werde sie benachrichtigen, wenn eine Annäherung an das Wiener Cabinet stattgefunden haben würde. Der Anfang dazu wurde ebenda durch die Vermittlung des Großherzogs von Baden gemacht. Bald darauf schrieb der Kaiser an den Regenten, die Zusammenkunft in Teplitz ward verabredet. Bei derselben ist weder zwischen den Souveränen, noch den Ministern, welche sie begleiteten, von Uebernahme bindender Verpflichtungen die Rede gewesen. Der Wunsch der Garantie Venetiens wurde preussischerseits sogleich abgelehnt, man erklärte, an dem Grundsatz der Nichtintervention festhalten zu wollen auch im Falle eines Angriffs Italiens gegen Venetien; dagegen wurde der kaiserlichen Regierung Preußens Hülfe in Aussicht gestellt, wenn in einem solchen Kampfe Frankreich zum zweitenmale Sardinien unterstützen sollte. Aber auch diese Zusage wurde von Bedingungen abhängig gemacht, welche ihr jeden bindenden Charakter nahmen. Wenn Preußen, so erklärte man, Oestreich wirksam unterstützen solle, so müsse dasselbe seine deutsche und innere Politik in einer Weise ändern, welche den Widerstand der öffentlichen Meinung in Preußen gegen eine Annäherung von Oestreich beseitige, es dürfe einer Herstellung des Rechts in Kurhessen und den Herzogthümern nicht in den Weg treten, es müsse auf das Protectorat der mittelstaatlichen Opposition gegen Preußen verzichten, es habe im eignen Hause den Forderungen der Zeit gerecht zu werden, um sich wieder die Sympathien in Norddeutschland zu erwerben.

Danach war die Teplitzer Zusammenkunft sehr weit von einer Coalition entfernt. Aber noch mehr war es die Warschauer Begegnung der drei Souveräne von Rußland, Preußen und Oestreich. Wie wurden die Hoffnungen der Legitimisten getäuscht, welche davon eine Wiederbelebung der heiligen Allianz erwarteten! Der Kaiser von Oestreich hatte die Einladung durch mühsame Verhandlungen hochgestellter Personen herbeigeführt; aber Fürst Gortschakoff ist ein kalter praktischer Kopf und nicht geneigt aus Schwärmerei für ein Princip oder aus Rücksichten auf Fremde Interessen Rußlands zu opfern. Es ist

bekannt, daß der leitende Gedanke seiner Politik die französische Allianz ist, was auch das Schaukelspiel Napoleons zwischen Rußland und England sein möge, schließt er, schließlich wird doch Rußland sein rechter Verbündeter sein, wenn es zum Bruche mit England kommt; er bedarf desselben, wie wir seiner im Orient bedürfen. Dies ist sein Gesichtspunkt, und danach wird man sehen, daß Napoleon sich die Reise nach Warschau sparen konnte, da er dort einen Verbündeten hatte, welcher jeden wirklichen Zug gegen ihn verhinderte und ihn von allem in Kenntniß setzte. Preußen verhielt sich ganz neutral; es gab wieder einen Austausch von Ansichten, höfliche Erklärungen, aber von einem gemeinsamen Plane war nicht die Rede. Nichtsdestoweniger hatte Warschau eine Bedeutung, wenn auch eine negative; es war der Beweis geliefert, daß auch Angesichts der Ereignisse in Italien, welche Preußen und Rußland officiell gemißbilligt hatten, eine gemeinsame Action der drei nordischen Mächte unmöglich geworden war.

Ehe der Regent nach Warschau gegangen, hatte er noch die Königin von England in Coblenz begrüßt, und so hat es in diesem vergangenen Sommer nicht an Gelegenheit zum Austausch der Meinungen der Souvräne und Minister gefehlt. Aber fragen wir, was ist das Ergebnis aller dieser Reisen, welchen Gewinn hat Preußen daraus gezogen, so müssen wir antworten, einen überaus geringen. Begegnungen und Unterredungen der leitenden Persönlichkeiten haben im politischen Leben unzweifelhaft ihren großen Werth, aber nur dann, wenn man einen festen Plan verfolgt und für dessen Ausführung arbeitet, wenn man zu handeln entschlossen ist. Im vorliegenden Falle können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, als ob alle diese Reisen nach Ost und West mit ihrer Vielgeschäftigkeit nur den Entschluß verdecken sollten, nichts zu thun. Die preussischen Staatsmänner scheinen der Ansicht zu sein, daß man mit bloßem Meinungsaustrausch, Versicherung von Absichten, parlamentarischen Reden u. s. w. einen Einfluß ausüben könne. Wir meinen, die Erfahrung sollte ihnen das Gegentheil bewiesen haben. Nur dessen Wort wiegt, von dem man entschiedenes Handeln erwartet. Wenn der Kaiser Napoleon oder Victor Emanuel eine Rede halten, so horcht die Welt, weil sie weiß, daß das Wort nur die Erklärung eines Entschlusses ist, dies oder jenes zu thun. Als Herr von Schleinitz im Anfang des italienischen Krieges sprach, glaubte man noch eine Action Preußens, aber seine Politik hat sich um allen Einfluß in europäischen Angelegenheiten gebracht, weil niemand mehr an den Entschluß der Regierung, zu handeln, glaubt. Nicht an Intelligenz fehlt es im Ministerium des Auswärtigen; wo es mit darauf ankommt, in wohlgefügten Worten eine Darlegung zu geben, eine irrige Auffassung zu widerlegen, da wird man die preussischen Noten und Depeschen mit Vergnügen lesen. Auch ist es nicht Mangel an Ideen, der uns auffällt; die Empfehlung Schwedens zur Auf-

nahme als siebente Großmacht war die beste Antwort, welche es auf den Napoleonischen Antrag wegen Spaniens geben konnte. Es ist der Mangel jedes festen Planes, es ist das Treiben mit den Ereignissen, das Abwarten und Zuwarten, bis es zu spät, um einzugreifen, das fruchtlose Bestreben es mit Niemand zu verderben, mit einem Wort die Politik der freien Hand, welche Preußen um sein Ansehen bringt. Vor allem gilt es doch die eignen Interessen zu wahren, und wir fragen: was haben wir für Schleswig-Holstein erreicht, was für Kurhessen, wo ist eine Aussicht, die Mittelstaaten unter die preussische Politik zu beugen? Als das Ministerium ins Amt kam, beeilte Dänemark sich, die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg aufzuheben, weil es ein Einschreiten befürchtete; jetzt hat es diese Furcht verloren, sich unter der Hand Frankreichs Schutz versichert und wagt uns durch England eine weniger ungesegliche Behandlung Schleswigs anzubieten, wenn man auf die Vertheidigung gefährdeter holsteinischer Rechte verzichten will. Preußens Erklärung für die Verfassung von 1831 hat die wackern Hessen bewogen, sich nochmals für ihr Recht zu erheben; was hat man gethan, um die Durchführung ihrer Absichten zu sichern und die Durchführung des letzten Bundesbeschlusses zu verhindern? Ist man auch nur einen Schritt mit den Würzburgern weiter gekommen? Das Project über die Reform der Bundesarmee mag die Antwort darauf geben. Weiß man dem preussischen Namen im Auslande Geltung und Zuneigung zu verschaffen? Die Fahrt der Loreley gibt Auskunft. Hat man sich für die von Frankreich drohende Gefahr eine Allianz erworben, baut man etwa sentimental auf das stammverwandte England, das verwandte russische Fürstenhaus, das constitutionelle Italien? Das demonstrative und unfruchtbare Suchen nach Allianzen hat Preußen um jede solide Allianz des Auslandes gebracht, während durch die nachdrückliche Betonung des formellen Rechts an allen Orten der Starrsinn der feindlichen deutschen Regierungen überall gekräftigt wird.

Und mit einer solchen Politik geht man bei schweren innern Conflicten der drohendsten Zukunft entgegen. Kann dies zum Heile führen, würde Preußen so moralische Eroberungen machen, ja würde es nur erfolgreich, was es hat vertheidigen können? Wer möchte darauf eine bejahende Antwort geben!

Es liegt aber alles daran, daß die pessimistische Auffassung, welche hoffnungslos nicht in den Krieg geht, sondern in den Krieg treibt, gebrochen werde, und dies zu thun ist die Pflicht des Abgeordnetenhauses. Nicht bloß die innern, sondern auch die äußern Angelegenheiten gehören zu seiner Competenz, der auswärtige Minister ist so gut verantwortlich wie der der Justiz oder der Finanzen. Wir begreifen und ehren die Rücksichten, aus denen bisher die Abgeordneten sich der Regierung gegenüber zurückgehalten und sie nur zu kräftigen und anzuspornen gesucht haben, aber solche Rücksichten haben

ihre Grenzen. Das Haus muß es jetzt aussprechen, daß die bisherige auswärtige Politik dem Lande kein Vertrauen einflößen kann, es muß fordern, daß nach festerem Plane und mit Energie die Interessen Preußens und Deutschlands und allein diese vertreten und vertheidigt werden. ¶

### Kaiser Leopold und seine Minister.

Ein Bild aus der Vergangenheit zum Vergleich mit der Gegenwart.\*)

Den 18. Juli 1658 wurde in Frankfurt Leopold, der 18jährige vor dem Tode seines begabteren älteren Bruders zum geistlichen Stande bestimmte zweite Sohn des Kaisers Ferdinand des Dritten zum römischen Kaiser gewählt. Zwei Parteien hatten lange Zeit deshalb gestritten. Die geistlichen Kurfürsten mit Kurbayern hatten sich zu Frankreich geneigt und wollten in unbegreiflicher Verblendung Ludwig den Vierzehnten zum römischen Kaiser machen. Die protestantischen Kurfürsten dagegen gedachten den Habsburger Leopold zu wählen, um das bedrängte Reich vor Mazarins Intriguen und Gewaltthätigkeiten zu schützen. Freilich bedurfte das Reich mehr als jemals eines Kaisers von klarem politischen Blick, von selbständigem, festem Willen und vor Allem von freiem und mildem Sinn in kirchlichen Dingen, durch den allein die versöhnten Reichsstände beider Confessionen in Eintracht erhalten werden konnten. Schwerlich haben die Kurfürsten, welche an ihm festhielten, in diesen Beziehungen sich große Hoffnungen gemacht. Aber Leopold war der einzige deutsche Fürst, der gegen die französischen Gelüste durchgebracht werden konnte, und so thaten sie damals das, was sie im Interesse für das deutsche Reich zu thun im Stande waren. Wie wenig auch die bescheidensten Erwartungen erfüllt wurden, ist zur Genüge bekannt. Wer die Geschichte der Bedrängnisse unseres Vaterlandes in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts kennt, wird zwar willig zugestehen, daß auch die Glieder des Reichs, die Fürsten, mehr oder minder Schuld hatten. Aber die größte Schuld fällt auf das Haupt, den Kaiser, der in seiner geistigen und geistlichen Beschränktheit die

\*) Mit Benutzung der Copie eines handschriftlichen Berichtes des schwedischen Gesandten Esaias Pufendorf, der sich 1673 und 1674 in Wien aufgehalten hatte, vom Jahre 1675. Die Copie befindet sich im königl. sächs. Hauptstaatsarchive in Dresden.